

Niederschrift

der gemeinsamen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 07.06.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:45 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:	Frau Rothe-Beinlich [REDACTED]

Tagesordnung:

	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Informationen	
4.1.	Gemeinsame Beratung JHA und SAG zur Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1076/17

hinzugezogen: Vertreter Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE)

- 4.1.1. Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung"
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0562/17**
- 4.1.2. Nachfragen zur DS 0246/17 für den Jugendhilfeausschuss zum Bericht Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **0563/17**
- 4.1.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 17.05.2017 zum TOP 6.1 Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung" (DS 0562/17)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **1067/17**
- 4.2. Sonstige Informationen

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Sitzungsleiterin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eröffnete die öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Zu Sitzungsbeginn waren nur 4 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung anwesend, dem gegenüber standen 8 stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Damit war der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig. Aus formalen Gründen war festzustellen, dass es sich bei der heutigen Sitzung um eine öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses handelt, zu der die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gern als Gäste teilnehmen können und Rederecht erhalten. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Frau Rothe-Beinlich stellte weiterhin die form- und fristgemäße Einladung fest und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

Die Sitzungsleiterin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eröffnete die öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Es waren nur 4 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung anwesend, dem gegenüber standen 8 stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Damit war der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig. Aus formalen Gründen war festzustellen, dass es sich bei der heutigen Sitzung um eine öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses handelt, zu der die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt hinzugezogen wurden.

Frau Rothe-Beinlich stellte weiterhin die form- und fristgemäße Einladung fest und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Frau Rothe-Beinlich schlug folgenden Ablauf für die gemeinsame Sitzung vor:

- ° Impulsvortrag von Herrn Prof. Fischer
- ° Vorstellung von weiteren Maßnahmeableitungen und Ideen zur Umsetzung aus den Fachplanungen
- ° Diskussion und Beantwortung der offenen Fragen – auch zu den Drucksachen - unter Moderation des Referenten für Soziales, Bildung und Jugend
- ° Zusammenfassung – Konsensfindung und konkretisieren der Herausforderungen,

Maßnahmen und Prüfaufträge

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmten dem Vorschlag zum Ablauf der Sitzung zu.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Informationen

- 4.1. **Gemeinsame Beratung JHA und SAG zur Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" 1076/17**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen: Vertreter Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE)

Die Sitzungsleiterin und Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte Herrn Prof. Fischer vom Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. und übergab ihm das Wort zur Vorstellung des Impulsvortrages zur Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" des IKPE.

Dieser dankte für die Gelegenheit und das Interesse der Anwesenden. Er erläuterte schwerpunktmäßig die Ergebnisse der vorliegenden Studie, gab Handlungsempfehlungen und Hinweise.

Frau Rothe-Beinlich bedankte sich für die interessanten Ausführungen von Herrn Prof. Fischer und bat um Übergabe der Präsentation, um diese den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift zur Kenntnis zu geben.¹

Aufbauend auf den Vortrag erfolgte durch den zuständigen Mitarbeiter Jugendhilfeplanung im Jugendamt eine Präsentation² zur Idee, wie auf die Herausforderungen reagiert werden kann.

Hierbei handelt es sich um die Schlussfolgerungen aus der Perspektive der Verwaltung.

¹ Anlage zur Niederschrift "Impulsvortrag zur Studie Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt"

² Anlage zur Niederschrift Schlussfolgerungen aus der Perspektive der Verwaltung

Frau Rothe-Beinlich als Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung informierte anschließend, dass sich der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung mit dem Thema "Seniorenbefragung 55+" beschäftigt hat. Viele Punkte decken sich mit dem, was gerade in der Präsentation dargestellt wurde. Sie regte an, die Auswertung der Seniorenbefragung abzuwarten und mit der heute vorliegenden Studie gemeinsam zu betrachten.

Anschließend übergab Frau Rothe-Beinlich die Moderation an den Referenten für Soziales, Bildung und Jugend, Herrn Gruber. Dieser führte zunächst zum weiteren Ablauf wie folgt aus:

In der Diskussion soll es um die Vollständigkeit der benannten Herausforderungen gehen.

Eigene Vorstellungen der Ausschussmitglieder, wie auf die Herausforderungen reagiert werden sollte und welche konkreten Maßnahmen vorbereitet werden sollen, werden in der Diskussion aufgenommen, besprochen und mögliche Festlegungen zu weiteren Maßnahmenableitungen getroffen. In der Diskussionsdiskussion ergeben sich gegebenenfalls Verständnisdiskussionen und fachliche Hinterfragungen, für die sich Herr Prof. Fischer sowie die anwesenden Fachplaner aktiv an der Diskussion beteiligen werden. Aus der Diskussion können weitere Prüfaufträge und Festlegungen erfolgen. Ziel ist es, mit Festlegungen und Prüfaufträgen konkrete Maßnahmen zu ergreifen, mit denen auf die Herausforderungen verbindlich und nachhaltig reagiert wird. Es sollte eine Zeitplanung zur Kontrolle bzw. zur regelmäßigen Information über den Umsetzungsstand sowie die Form der Information verabredet werden.

In der sich anschließenden Diskussion gab es nachfolgende Wortmeldungen, Hinweise und Nachfragen:

° Frau Rothe-Beinlich bedankte sich zunächst ausdrücklich für die umfangreiche Darstellung und bekräftigte, dass es richtig sei, ämterübergreifend zu arbeiten. Dennoch sollte darauf geachtet werden, keine Parallelstrukturen aufzubauen.

Sie verwies auf ihre übergebenen Fragen, die in der heutigen Sitzung beantwortet werden sollten wie z.B. Fragen zur demographischen Entwicklung, die Situation Alleinerziehender usw. Die Situation der Alleinerziehenden sollte in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe der Verwaltung ein Schwerpunkt der Betrachtung sein – vor allem vor dem Hintergrund der Chancengleichheit und den Auswirkungen auf die Bildung der Kinder.

Sie fragte nach, ob es Vorstellungen seitens der Verwaltung gibt, die qualitativ gute Studie (IKPE) mit dem Integrationskonzept zusammenzuführen und auch die Ergebnisse der Seniorenbefragung einfließen zu lassen.

Der zuständige Mitarbeiter für Jugendhilfeplanung im Jugendamt, wies darauf hin, dass eine konkrete Aussage zum Integrationskonzept heute nicht erfolgen kann, da die stellv. Migrations- und Integrationsbeauftragte erkrankt ist. Deshalb konnten auch all die vorab eingereichten Fragen zum Thema Integration nicht beantwortet werden. Gleiches galt für Fragen zum Thema kulturelle Jugendbildung. Diese sollen erneut aufgerufen werden.

Der Jugendhilfeplaner geht aber davon aus, dass die Ergebnisse der IKPE-Studie eine Rolle im Integrationskonzept spielen werden. Das Integrationskonzept selbst soll in enger Abstimmung u.a. mit dem SAG erarbeitet werden.

Anschließend ging er auf die Aktualisierung des Sozialstrukturatlas ein, der noch aus dem Jahr 2011 stammt. Der Datenstand aus dem Jahr 2016 wird bei der Überarbeitung herangezogen, mit einer Veröffentlichung wird eventuell noch in diesem Jahr gerechnet.

Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der aktualisierte und erweiterte Sozialstrukturatlas auf ein größeres Interesse stoßen wird als der Vorherige.

° Frau Hirte, beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss gab in Richtung von Herrn Prof. Fischer den Hinweis auf die Regelschule 5. Aus ihrer Sicht handelt es sich hierbei um einen "Brennpunkt". Diese Schule liegt ihrer Einschätzung nach in einem sozial schwachen Ortsteil und sollte zwingend tiefer betrachtet werden.

° Frau Michelfeit, sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, unterstützt diese Ausführungen sehr deutlich und regte an, die Ergebnisse der IKPE-Studie in die Fortschreibung des ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) einfließen zu lassen.

° Herr Walloschek, sachkundiger Bürger im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hinterfragte eine vorhandene Analyse für Menschen mit Behinderungen bezogen auf die Ortsteile.

Wo gibt es ortsteilbezogen besonders viele Menschen mit Behinderungen? Gibt es daraus resultierend eine barrierefreie ärztliche Versorgung? Wo wird dringender Bedarf gesehen und gibt es Aussagen in der Studie der IKPE?

In der Beantwortung ging die zuständige Fachplanerin auf die noch relativ dürftige Datelage bezogen auf die Ortsteile ein. Für die Gesamtstadt gibt es diese Analyse, bisher aber noch keine Unterteilung in Planungsräume/Ortsteile.

° Herr Richter, Mitglied im Jugendhilfeausschuss, fragte nach, ob es einen Erfahrungs- bzw. Informationsaustausch zwischen vergleichbaren Kommunen gibt.

Er informierte darüber hinaus über seine negativen Erfahrungen im Rahmen der Beteiligung des Stadtjugendrings an der Fortschreibung des ISEK. Kritisch bewertete er die Arbeitsweise des Amtes für Stadtentwicklung und -planung anhand von Beispielen.

In seiner Beantwortung erläuterte der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes für Jugendhilfeplanung, dass es Austauschplattformen auf Landesebene gibt aber kein Austauschgremium zur Integrierten Sozialraumplanung. Er verwies auf die Stabsstelle Sozialplanung im Land, woher auch die entsprechenden Informationen kommen. Er dankte Herrn Richter für den gegebenen Hinweis zum ISEK und wird diese an die zuständigen Stellen weiterleiten.

° Frau Rothe-Beinlich ging auf den Hinweis von Frau Hirte zur Regelschule 5 ein. Die dargestellte Problematik sollte unter den Aspekten der Höhe der Arbeitslosigkeit der Eltern,

Chancengleichheit, Möglichkeiten des Zugangs zum besten Schulabschluss im Ausschuss für Bildung und Sport betrachtet werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Situation der Alleinerziehenden zu betrachten, gleiches gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit, die demographische Entwicklung, den Inklusionsgedanken und nicht zuletzt die Integration.

Weiterhin sprach sie sich neben der Umweltbildung auch für die kulturelle Bildung im Sinne der unterschiedlichen Kulturen aus.

° Herr Prof. Fischer stellte fest, dass sich in den Thüringer Kommunen sehr viel geändert hat. Der Wissensstand ist in Thüringen sehr gut, beispielhaft ist der Informationsaustausch zwischen den Kommunen und dem Land. Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen findet er es gut, dass es den Austausch zwischen den unterschiedlichen Gremien, so wie heute in der gemeinsamen Ausschusssitzung, gibt.

° Herr Möller, sachkundiger Bürger im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung unterstrich die Ausführungen der Fachplaner. Er regte an, das Jobcenter und die Arbeitsmarktförderung mit einzubeziehen. Hier sieht er Möglichkeiten, direkt Einfluss z. B. auf Alleinerziehende zu nehmen. Er begrüßt die Bildung der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zunächst nur als Gremium der Verwaltung. Später sollten die entsprechenden Gremien beteiligt werden. Als wichtig schätzt er ein, die Ergebnisse der IKPE-Studie im ISEK zu berücksichtigen, auch die Erfahrungen aus der Sozialen Stadt und dem Bereich Gesundheit sollten mit einfließen.

° Herr Richter, Mitglied im Jugendhilfeausschuss regte nochmals an, die Prozesse mit ähnlich großen Kommunen zu vergleichen. Er verwies anschließend auf die Diskussionen zum Thema "Bürgerbeteiligung" und fragte nach, weshalb es nicht z. B. alle 3 Jahre eine Stadtteilkonferenz gibt. Hier könnten alle vorhandenen Ressourcen genutzt werden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete Herr Gruber die Diskussion, dankte allen Beteiligten und übergab das Wort an die Sitzungsleiterin, Frau Rothe-Beinlich.

Zusammenfassend wurde durch sie festgehalten:

° Ziel sollte es sein, von der anlassbezogenen zur verbindlichen Zusammenarbeit der Ämter in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zu kommen, Es gibt unterschiedliche Vorstellungen zur Zusammenarbeit in diesem Gremium, viel spricht aber dafür, erst einmal die Arbeitsebene zusammenzuführen.

° Das Jobcenter (SGB II) sollte im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und Chancengleichheit "mitgenommen" werden.

° Der Wunsch zur Einbindung von Elternvertretern in das Gremium muss weiter diskutiert und ein geeigneter Weg gefunden werden. Das gilt auch für alle Beteiligungsstrukturen, die tagtäglich Probleme einspeisen.

° Die Durchführung von Stadtteilkonferenzen sollte geprüft werden.

° Die Sozialraumplanung sollte integrativ begriffen werden (Seniorenbefragung).

Es wurde der Wunsch formuliert, sowohl die Erkenntnisse aus der IKPE-Studie zur Bildungs- und Sozialsteuerung als auch die Seniorenbefragung in das ISEK einfließen zu lassen.

° In den Fachausschüssen sollte vertiefend diskutiert werden. So z.B. im Ausschuss für Bildung und Sport – wie ist die Sozialstruktur in Bereich der Regelschule 5 (Gesundheitszustand, Schuleingangsuntersuchungen, Bildungschancen, genauere Betrachtung der Übertritts-Quoten).

Den Betroffenen sind die Angebote oftmals nicht bekannt bzw. es sind nicht die Angebote, die sich die Betroffenen wünschen.

° Inklusion im weitesten Sinn – barrierefreies Erfurt

Die gewonnenen Erkenntnisse sind zu berücksichtigen und in die Fortschreibung des Maßnahmeplanes aufzunehmen. Die vorhandenen stadtbezogenen Daten sind noch nicht auf die Ortsteile zuordenbar, das sollte noch verfeinert werden.

° Der Wunsch von Herrn Richter zu den Erfahrungen anderer vergleichbarer Kommunen mit ähnlicher Größenordnung wird aufgegriffen.

° Die Aussagen zum Integrationskonzept und wie die gewonnenen Erkenntnisse einfließen können, wird unter Hinzuziehung der stellv. Migrations- und Integrationsbeauftragten in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung thematisiert.

Abschließend bedankte sich Frau Rothe-Beinlich ausdrücklich bei Herrn Prof. Fischer und seinem Team, den Fachplanern, Herrn Gruber für die Moderation sowie den Mitgliedern der beiden Ausschüssen und allen Beteiligten und Interessierten und beendete die Sitzung.

Hinweis:

Die TOP 4.1.1., 4.1.2. und 4.1.3. wurden gemeinsam unter TOP 4.1. behandelt.

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung

Ausschuss nicht beschlussfähig

Jugendhilfeausschuss

zur Kenntnis genommen

- 4.1.1. **Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung"** 0562/17
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

s. Ausführungen unter TOP 4.1.

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
Ausschuss nicht beschlussfähig

Jugendhilfeausschuss
zur Kenntnis genommen

- 4.1.2. **Nachfragen zur DS 0246/17 für den Jugendhilfeausschuss zum Bericht Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung** 0563/17
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

s. Ausführungen unter TOP 4.1.

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
Ausschuss nicht beschlussfähig

Jugendhilfeausschuss
zur Kenntnis genommen

- 4.1.3. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 17.05.2017 zum TOP 6.1 Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung" (DS 0562/17)** 1067/17
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

s. Ausführungen unter TOP 4.1.

Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
Ausschuss nicht beschlussfähig

Jugendhilfeausschuss
zur Kenntnis genommen

4.2. Sonstige Informationen

Es gab keine sonstigen Informationen.

Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in